

Beirätegesetz wird bald überprüft

Bürgervereine auf Informationsbesuch im Parlament

Das seit drei Jahren geltende Beirätegesetz kommt auf den Prüfstand: Der Senat will bald den in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Auftrag erledigen und in Zusammenarbeit mit der Universität analysieren lassen, ob das Gesetz die Beiratsrechte tatsächlich stärkt. Das erfahren Vertreter der bremischen Bürgervereine jetzt bei einem Besuch im Haus der Bürgerschaft.

VON DETLEV SCHEIL

Altstadt. Es ist guter Brauch, dass der Verband der Bremischen Bürgervereine alljährlich im Haus der Bürgerschaft vom Parlamentspräsidenten empfangen wird. „Ein so informatives Treffen hatten wir aber noch nie“, lobte der stellvertretende Verbandsvorsitzende Johannes Rehder-Plümpe aus Borgfeld nach dem jüngsten Termin. Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) konnte die Delegation krankheitsbedingt aber nicht selbst empfangen und wurde von Vizepräsidentin Silvia Schön (Grüne) vertreten. Darüberhinaus standen die Abgeordneten Elisabeth Motschmann und Silvia Neumeyer (beide CDU) sowie Helmut Weigelt (SPD) den Bürgervereinen Rede und Antwort.

Die Ortsbeiräte haben nach Überzeugung der Bürgervereine für die Bürgerbeteiligung eine wichtige Funktion. Doch man habe den Eindruck gewonnen, dass die Beirätekonferenz als Gremium der Bei-

ratsprecher und der Bürgerschaftsausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte derzeit „etwas auf der Stelle treten“, sagte Rehder-Plümpe. Zudem sei die Abgrenzung zwischen der Beirätekonferenz und dem Ausschuss nicht klar.

Helmut Weigelt als Vorsitzender des Ausschusses antwortete, dass sich dieses Gremium als Bindeglied zwischen Beiräten und Parlament verstehe, während sich die Beirätekonferenz der inhaltlichen Arbeit widme und stadtteilübergreifende Themen wie zum Beispiel Bahnlärm aufgreife. Außerdem kümmere sich der Ausschuss um bürgerschaftliches Engagement. Dieses Feld will das Gremium laut Weigelt in diesem Jahr verstärkt beackern.

Die Erfahrungen mit dem seit 2010 geltenden Beirätegesetz seien teilweise unterschiedlich, erklärte Weigelt. So seien die neuen Planungskonferenzen, an denen Vertreter der Behörden teilnehmen, mal gut und mal weniger gut gelaufen. Weigelt berichtete von der Absicht des Senats, dieses Jahr eine Evaluierung des Beirätegesetzes in Zusammenarbeit mit der Universität auf den Weg zu bringen. Dabei werde überprüft, ob das Gesetz die erwünschten Wirkungen entfalte. Auf der Basis dieser Analyse könne dann der Ausschuss diskutieren, ob und wo Veränderungen nötig seien.

Rehder-Plümpe monierte, dass Bürgerbeteiligung zuweilen mit Frust ende. Als Beispiel nannte er das Projekt „Bremen 2020“, in das die Stadtteile mit großem Engagement ihre Wünsche zum Flächennutzungsplan (FNP) eingebracht hatten. Doch der jetzt präsentierte FNP-Entwurf laufe diesen Vorstellungen in einigen Punkten diametral entgegen. Sehr positiv nannten Rehder-Plümpe und Reinhard Jarré vom Bürgerverein Borgfeld die Bürgerbeteiligung in den WIN-Gebieten („Wohnen in Nachbarschaften“). „Diese Art der Beteiligung wünschen wir uns auch in Stadtteilen, die nicht als benachteiligt gelten, aber in bestimmten Quartieren auch ihre Probleme haben“, sagte Jarré und stellte klar: „Beteiligung hat nichts mit Geld zu tun.“



Johannes Rehder-Plümpe (l.) trägt Anliegen der Bürgervereine auch SPD-Bürgerschaftsmitglied Helmut Weigelt vor. FOTOS: SCHUMACHER- STUBBE